

Neuer Nachhaltigkeitsbeirat für Baden-Württemberg:

Magere Johannesburg-Ergebnisse sind Ansporn für eine nachhaltige Umweltpolitik des Landes

Der im April 2002 von der Landesregierung gegründete Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW) wird sich in den kommenden drei Jahren vor allem mit den Themen Klimaschutz, Flächenverbrauch und effiziente Abfallwirtschaft – drei äußerst wichtige Bereiche der nachhaltigen Entwicklung – befassen. „Die größtenteils mageren Ergebnisse des Weltgipfels von Johannesburg haben gezeigt, wie wichtig es ist, wenigstens auf Landesebene mit konkreten Zielvorgaben die beeinflussbaren Bereiche anzugehen. Johannesburg muss Ansporn für die Realisierung der bereits im Umweltplan Baden-Württemberg konzipierten nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sein“, so Dr. Peter Fritz, Vorstandsmitglied des Forschungszentrums Karlsruhe und Vorsitzender des von der Landesregierung für zunächst drei Jahre berufenen Gremiums.

In diesem Sinne wird der Nachhaltigkeitsbeirat bereits in wenigen Wochen der Landesregierung Anregungen zu einem wirksameren Klimaschutz geben: Neben der Realisierung seiner eigenen Klimaschutzziele (Reduktion des Kohlendioxidausstoßes um weitere 10 Mio. Tonnen pro Jahr bis zum Jahr 2010 bei weltweit derzeit 24 Mrd. Tonnen Gesamtemissionen) könnte Baden-Württemberg einen wichtigen Anstoß für ein verbessertes internationales Klimaschutzesystem geben, mit dem – auch im Interesse der Bewohner Baden-Württembergs – Klima-Nachhaltigkeit (Verhinderung von Menschen verursachter Störungen des Klimas) tatsächlich realisiert werden kann.

Im kommenden Jahr rückt dann das Thema „Flächenmanagement“ in den Mittelpunkt: „Der Flächenverbrauch wird nach Prognosen des Statistischen Landesamtes im Zeitraum 2010 bis 2015 auf täglich 15,9 Hektar ansteigen, wenn keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden“, sagt Fritz. Die Elbe-Flut habe erneut gezeigt, wie wichtig der Erhalt un bebauter Flächen auch für den Hochwasserschutz sei.

Im Jahr 2004 steht dann die Müllentsorgung im Zentrum der Beratungen des NBBW. Eines der drängendsten Probleme ist die insgesamt unverändert hohe Abfallmenge der Privathaushalte. „Die Zunahme der zur Verwertung deklarierten Abfälle, die zum Teil über Umwege doch in einer Müllverbrennungsanlage landen, und die steigende Belastung der Haushalte durch Müllgebühren sind weiterer Anlass zur Überprüfung der zur Zeit noch praktizierten Konzepte“, so Dr. Peter Fritz. Im Jahr 2005 will der NBBW dann Bilanz ziehen: Wie weit wurden die Ziele des Umweltplans fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten umgesetzt, wo steht Baden-Württemberg auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung?

Dem Nachhaltigkeitsbeirat gehören neun namhafte Wissenschaftler unterschiedlichster Fachrichtungen an*, die vor allem die Umsetzung des Landesumweltplans** überwachen sollen. Die Geschäftsstelle wurde bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung (TA-Akademie) in Stuttgart eingerichtet.

Weitere Informationen über die Arbeit des Beirats und zu den in dieser Pressemitteilung angesprochenen Themen im Internet unter www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de.

Kontakt: Christian D. León
Geschäftsstelle des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württemberg
Tel. (0711) 9063-170
Fax (0711) 9063-175
E-Mail: nachhaltigkeitsbeirat@ta-akademie.de

* Die Mitglieder des Beirats sind:

- Dr. **Peter Fritz**, Forschungszentrum Karlsruhe (Vorsitzender)
- Prof. Dr. **Ursula Gundert-Remy**, Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV), Berlin (stellv. Vorsitzende)
- Dr. **Ulrich Höpfner**, Ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg
- Prof. Dr. **Giselher Kaule**, Institut für Landschaftsplanung und Landschaftsökologie, Universität Stuttgart
- Prof. Dr. Dr. **Franz Josef Radermacher**, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW), Ulm
- Prof. Dr. **Stefan Rahmstorf**, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
- Prof. Dr. **Ortwin Renn**, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Prof. Dr. **Lutz Wicke**, Institut für Umweltmanagement, Europäische Wirtschaftshochschule Berlin
- Prof. Dr. Dr. **Jürgen Zeddies**, Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Universität Hohenheim

**** Auszug aus dem Umweltplan Baden-Württemberg vom 12. Dezember 2000:**

Klimaschutz

- Das Land strebt an, die Gesamtemissionen an CO₂ von derzeit (2000) ca. 77 Mio. t/a auf unter 70 Mio. t/a bis 2005 und unter 65 Mio. t CO₂ bis 2010 zu reduzieren.
- Das Land strebt an, die CO₂-Emissionen des Verkehrs bis 2005 um 10% bezogen auf 1987 zu verringern.

Freiflächen und Lebensräume

- Das Land strebt an, zur langfristigen Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke (derzeit 4.000 ha / Jahr) bis 2010 deutlich zurückzuführen.
- Die bisher ausgewiesenen Naturschutzgebiete (2,11 % der Landesfläche) und Naturdenkmale (0,17 % der Landesfläche, Stand 1/2000) sind auf ihren Zustand, ihre Inhalte und Funktionen zu überprüfen. Ziel ist es, auch weiterhin besonders wertvolle und schutzbedürftige Flächen als Naturschutzgebiete und Naturdenkmale auszuweisen und die Erhaltung der besonders geschützten Biotop- und des Biotopschutzwaldes sicherzustellen.

Hochwasserschutz

- Das Land wird darauf hinwirken, dass durch vorausschauende Planung Hochwasserschäden vorgebeugt wird. Daneben sollen die organisatorischen Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung verbleibender Hochwassergefahren weiter verbessert werden.
- Die Landesregierung sieht im natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche, insbesondere durch den - auch raumordnerisch relevanten - vorbeugenden Hochwasserschutz, ein zentrales Instrument, um die Abflussmenge und -geschwindigkeit aufkommenden Hochwassers zu verringern. Weiterhin sollen frühere Überschwemmungsgebiete (Rückhalteflächen) zurückgewonnen werden.

Abfall

- Das Land wird darauf hinwirken, dass die zu beseitigenden Abfälle aus privaten Haushaltungen und sonstigen Herkunftsbereichen weiter zurückgehen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen sind fortzuführen, sinnvolle Verwertungsmaßnahmen sind weiterzuentwickeln.

Quelle: Ministerium für Umwelt und Verkehr (Hrsg.): Umweltplan Baden-Württemberg. Stuttgart, 2000.